

2. Motion von Turi Schallenberg, Ueli Fisch, Hermann Lei und Gina Rüetschi vom 10. März 2021 "Ratssaal für den Grossen Rat" (20/MO 12/140)

Beantwortung

Präsidentin: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionärin und die Motionäre.

Diskussion

Schallenberg, SP: Die "Thurgauer Zeitung" titelte am 7. März: "Tradition statt moderne Technik: Die Thurgauer Regierung lehnt eigenen Parlamentssaal ab". Der Titel trifft die Beantwortung des Regierungsrates ziemlich gut, aber doch nicht ganz. Zum einen wäre "Tradition statt Fortschritt" treffender, zum anderen gibt der Regierungsrat nur seine Empfehlung ab. Ob das Thurgauer Parlament nur traditionell und rückständig bleibt oder Tradition mit Fortschritt verbindet, entscheidet der Grosse Rat und nicht der Regierungsrat. Zuerst fragt man sich, weshalb der Regierungsrat ein ganzes Jahr benötigte, um die etwas mehr als drei Seiten kurze Beantwortung zu erstellen. Hoffte er auf eine schnelle Beendigung des Ratsbetriebs unter Covid-Bedingungen, und damit auf die automatische Erledigung einiger Gründe, die für einen eigenen Ratssaal sprechen? Ich erwarte seitens des Regierungsrates, mir zur langen Zeit und der sehr kurzen und abgekürzten Beantwortung eine Antwort zu geben. Es ist eigentlich erstaunlich, dass der Regierungsrat empfiehlt, die Motion nicht erheblich zu erklären, da er in seiner Beantwortung doch einige Vorteile auflistet, die ein eigener Ratssaal mit sich bringen würde. Seine Auflistung der positiven Aspekte ist aber sehr allgemein gehalten und blendet den Bürgernutzen fast gänzlich aus. Einerseits könnte der Ratssaal so ausgestaltet werden, dass der Betrieb auch unter erschwerten Bedingungen wie der Covid-19-Pandemie aufrechterhalten werden kann und die Ratsmitglieder geschützt werden können, ohne zusätzlich eine Turnhalle mieten zu müssen. In der Rechnung schlagen nebst der Turnhallenmiete auch die organisatorische Arbeit und der personelle Aufwand zu Buche. Der Bürgernutzen wäre ein transparentes Politisieren, ganz im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips. Durch die Ausstattung mit moderner Technik könnten die Bürgerinnen und Bürger prüfen, wie ihre Vertreterinnen und Vertreter abstimmen. Auch der Spiessrutenlauf der Stimmzählerinnen und Stimmzähler würde damit aufhören, was den Betrieb natürlich beschleunigen würde. Die Bürgerinnen und Bürger, mit denen ich spreche, interessieren sich für das Stimmverhalten der Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Die Tradition des pendelnden Rates bringt den Bürgerinnen und Bürgern keinen wirklichen Nutzen. Der Grosse Rat braucht einen Modernisierungsschub. Das bringt Bürgernutzen. Bezüglich Kostenfrage hat mich der Regierungsrat masslos enttäuscht. In der Beantwortung

heisst es lediglich, dass es mehrere Millionen Franken kosten dürfte. Dieser Ausdruck umfasst eine Spannweite von drei Millionen bis zu 999 Millionen Franken. Es gibt keine Kostenaufstellung und keine Vergleiche mit anderen Kantonen, sondern nur der Hinweis, dass die Einrichtung mit moderner Parlamentstechnik mindestens 800'000 Franken kosten würde. Aber auch diese Zahl wird nicht begründet. Der Regierungsrat hat hier weder seine Aufgabe gemacht noch saubere Aufträge erteilt. Sogar unter dem Titel "Vorteile" kommt klar zum Ausdruck, dass er kein Interesse an einem eigenen Grossratssaal hat. Das gibt ihm aber nicht das Recht, auf eine saubere Recherchearbeit zu verzichten. Ich ärgere mich masslos. Nebst diesem, meines Erachtens an Arbeitsverweigerung grenzenden Verhalten, kommt die fehlende Weitsicht hinzu. In der Motion steht nichts von einem Palast. Es steht auch nichts von einem Neubau. Ein Grossratssaal könnte problemlos in einem bestehenden Gebäude erstellt werden. Der Kanton Graubünden könnte dazu Pate stehen. In Chur wurde ein einst als Kaserne gebautes Gebäude für das Kantonsparlament umgebaut. Im Hintergrund befindet sich ein wunderschönes Wandbild von Alois Carigiet, einem Bündner. Ja, da kommen jedem Bündner Heimatgefühle auf. Das könnten wir im Thurgau ebenfalls machen. Ein Thurgauer Grossratssaal muss beziehungsweise sollte meines Erachtens kein Palast sein. Das entspricht weder unserem Naturell noch unserer bodenständigen Politik. Ein Modernisierungsschritt täte uns allen aber gut. Es ist an der Zeit, von der Festbankpolitik wegzukommen und einen Schritt weiterzugehen. Wie geht es nun weiter? Wenn der Grosse Rat die Motion erheblich erklärt, muss der Regierungsrat noch einmal "id Hosä". Er soll uns eine Vorlage unterbreiten, die "Fleisch am Knochen" hat und nicht nur mit Schätzungen, Mutmassungen und verdrehten Tatsachen daherkommt. Ich möchte nämlich sehr gerne wissen, wie hoch die Kosten, beispielsweise für einen Umbau des Thurgauerhofs oder der alten Kaserne in Frauenfeld, wirklich wären. Ebenso möchte ich gerne wissen, was alles vorzunehmen und wie vorzugehen wäre, um im Kanton Thurgau einen modernen Ratssaal für den Grossen Rat haben zu können. Ich bitte die Ratsmitglieder, zukunftsgerichtet weiterzudenken und die Motion erheblich zu erklären, damit der Grosse Rat in seinem Ratsbetrieb und für die interessierten Bürgerinnen und Bürger einen Schritt in die Zukunft machen kann.

Wolfer, Die Mitte/EVP: Namens der Fraktion Die Mitte/EVP danke ich dem Regierungsrat für die umsichtige Beantwortung der Motion. Der Gedanke an einen eigenen modernen Saal für den Grossen Rat ist verlockend. Mit Fug und Recht kann die Frage gestellt werden, ob zwei Ratssäle, in die sich der Kanton einmieten muss und in denen sich die Kantonsrätinnen und Kantonsräte an den Sitzungen mit festbankähnlicher Bestuhlung begnügen müssen, noch zeitgemäss sind. Ein Blick in die Säle anderer Kantonsparlamente lässt die Frage sodann legitim erscheinen, ob unsere vergleichsweise einfache Ausstattung noch passend ist. Wenn wir aber ehrlich sind, können wir feststellen, dass unser Ratsbetrieb gut funktioniert und die Öffentlichkeit mit den Tribünen und der digita-

len Übertragung gewährleistet ist. Die Digitalisierung schreitet so schnell voran, dass sich auch für unsere bestehenden Ratssäle passende Lösungen finden lassen, etwa für transparente Abstimmungen. Hier muss fortschrittlich angesetzt werden. Das ist viel günstiger, und dafür braucht es keinen neuen Saal, sondern einzig einen smarten Kanton. Es ist eine tief verwurzelte Tradition unseres Kantons und eine schweizweit bekannte Besonderheit, dass unser Parlament gemäss Verfassung zwei Tagungsorte kennt. Diese in der Kantonsverfassung verankerte Regelung verleiht uns ein Alleinstellungsmerkmal und gibt uns Identität. Der Regierungsrat hebt in diesem Zusammenhang zu Recht die ausgeprägte Regionalität unseres Kantons hervor. Diese hat wohl jede und jeder hier spätestens nach dem Eintritt in den Grossen Rat erfahren. Einzelstandorte haben sich im Thurgau kaum je durchgesetzt, seien es Spitäler, Zivilstandsämter oder Museen. So ist auch heute noch erleb- und nachvollziehbar, dass bereits unsere Vorfahren den Grossen Rat in salomonischer Weitsicht im Sommer in Frauenfeld und im Winter im Herzen unseres Kantons haben tagen lassen. Wir sollten diese Tradition nicht ohne Not brechen. Unsere heutige Lösung mit zwei einfachen städtischen Ratssälen ist meines Erachtens letztlich ein Ausdruck Thurgauer Bescheidenheit. Die Thurgauer Stimmbevölkerung hat immer wieder gezeigt, dass sie keine Paläste will, sondern nur Kredite für Bauten bewilligt, die angemessen dimensioniert sind und deren Bedarf ausgewiesen ist. Gemäss Sprichwort soll Bescheidenheit eine Tugend sein, die man vor allem an anderen schätzt. Es gilt anzuerkennen, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier diesem Aspekt auf beiden Seiten begegnen: Auf der einen Seite schätzen wir einen bescheidenen Regierungsrat und eine bescheidene Verwaltung, auf der anderen Seite werden wir von der Thurgauer Bevölkerung als bescheidenes Parlament geschätzt. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist einstimmig gegen Erheblicherklärung der Motion.

Vonlanthen, GP: Mit meinem Votum für die GP-Fraktion vertrete ich Gina Rüetschi, die diese Motion mitunterzeichnet hat. Aufgrund ihres Rücktritts kann sie nun aber nicht mehr selbst dazu sprechen. Ich danke dem Regierungsrat auch in ihrem Namen für die Beantwortung der Motion. Ich vertrete mit meinem Votum nur einen Teil der GP-Fraktion. Allerdings kann ich nur begrenzt zum Thema zu sprechen. Wie einige andere Ratsmitglieder erlebe auch ich heute meine allererste Sitzung im Rathaus. Ich gebe zu, dass ich mich dem historischen Charme dieses Saals nicht ganz entziehen kann. Trotzdem ist im Vergleich zur Rüegerholzhalle aufgrund der Enge hier eine gewisse Beklemmung zu spüren, was wir wohl fast alle gleich erleben. Es wurde bereits erwähnt, dass der halbjährliche Wechsel des Tagungsortes des Grossen Rates Tradition habe. Dieser findet seit 1831 statt. Der Regierungsrat gelangte in der Beantwortung mehrerer Vorstösse zum Schluss, dass die Beibehaltung zweier Standorte für die Sitzungen des Grossen Rates für den Kanton essenziell sei. Da kommt bei mir die Frage auf, was daran essenziell sein soll. Umgekehrt kommt der Regierungsrat nämlich zum Schluss, dass es seitens der Kantonsverwaltung, insbesondere der Parlamentsdienste, eines erhöhten Koor-

dinationsaufwands bedarf, wenn an zwei Sitzungsorten getagt wird. Ein eigener Ratssaal würde zur Vereinfachung der Abläufe und zu viel mehr Effizienz auf Seiten der Parlamentsdienste beitragen. Der Regierungsrat lässt in seiner Beantwortung ausser Acht, dass der Grosse Rat einen bereits bestehenden Bau als Ratssaal umfunktionieren könnte. Plakativ gesagt, muss somit nicht unbedingt auf der grünen Wiese gebaut werden. Eine Mehrfachnutzung eines solchen Saals sollte aus Sicht der GP-Fraktion auf jeden Fall möglich sein. So könnten im gleichen Saal beispielsweise Sitzungen der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission und natürlich auch anderer Kommissionen stattfinden. Der traditionelle Ortswechsel ist nach meinem Empfinden eher ein Gegenargument, das von Politikern gebracht wird. Ich bin mir nicht sicher, ob die Thurgauer Bevölkerung diese Tradition wirklich wahrnimmt. Zur Pandemie: Wir haben diesbezüglich erlebt, dass der Ratsbetrieb in den Rathäusern aus Platzgründen verständlicherweise nicht geklappt hat. Wenn wir in unserem Umgang mit Nutz- und Wildtieren so weiter machen, werden weitere Pandemien kommen. Das kann ich als Tiermedizinerin versichern. Die Frage ist nur, wann. Wenn das der Fall ist, werden wir die gleichen Probleme wie jetzt haben und wieder einen anderen Saal suchen müssen. Die mögliche Strahlkraft und Thurgauer Identitätsstiftung eines solchen Projekts werden in der Beantwortung nicht erwähnt. Das bedauere ich ein wenig. Ein digitales Abstimmungswerkzeug, mit dem die Bürgerin und der Bürger sehen können, wie die gewählten Vertreterinnen und Vertreter abstimmen, ist in der heutigen Zeit ein Muss, egal, ob die Motion erheblich erklärt wird oder nicht. Ich räume aber ein, dass sich dies zum Glück auch ohne eigenen Ratssaal realisieren lässt. Ich sabotiere damit natürlich meinen eben erst errungenen Job als Stimmenzählerin. Dieses Risiko gehe ich aber gerne ein. Ich bin davon überzeugt, dass uns die Arbeit im Büro auch sonst nicht ausgeht.

Fisch, GLP: Ich werde das eine oder andere wiederholen, das Ratskollege Turi Schallenberg bereits gesagt hat. Ich muss das jedoch tun, um meinen Emotionen freien Lauf zu lassen. Der Regierungsrat hat sich für die Beantwortung unserer Motion ein Jahr Zeit gelassen. Eine Beantwortung, die diesen Namen kaum verdient. Fast die Hälfte besteht nämlich aus der mehrfachen Wiederholung des Arguments, dass die Tradition von zwei Sitzungsorten beibehalten werden müsse. Zwei Sitzungsorte als Heiligtum; und das seit 1831. Eine Tradition, die man unmöglich brechen könne. Glaubt der Regierungsrat wirklich, die Allgemeinheit interessiere es, dass der Grosse Rat in Weinfelden und in Frauenfeld tagt? Viele wissen das nicht einmal. Es ist pure Realsatire, dass dies ein gewichtiger Grund sein soll, die Motion abzulehnen. Die Begründung, dass die Festlegung auf einen Sitzungsort eine Machtkonzentration an einem Ort sein soll, ist komplett an den Haaren herbeigezogen. Das Tauziehen der einzelnen Regionen, beispielsweise um jedes Museum und jedes andere Gärtchen, ist wohl typisch thurgauisch. Das ist aber kaum eine lobenswerte, sondern eher eine peinliche Tugend. Ich ernte nur Ungläubigkeit, wenn ich Parlamentariern aus anderen Kantonen erzähle, dass wir noch nicht einmal elektronisch

abstimmen und unsere Wählerinnen und Wähler somit gar nicht nachvollziehen können, wie die gewählten Politikerinnen und Politiker abstimmen, und dies in Zeiten des Gesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip. Das ist ein demokratiepolitischer Sündenfall. Wie mir die Grossratspräsidentin erklärt hat, komme hier jetzt wenigstens etwas Bewegung in die Sache. Das ist sehr lobenswert. Der Regierungsrat spricht von einem Palast. Von den Motionären hat jedoch keiner von einem Palast gesprochen. Mit dieser Bezeichnung schießt der Regierungsrat den Vorstoss auf absolut fiese Art und Weise ab. Die Pauschalisierung bleibt bei vielen hier im Saal hängen, die gar keine Lust haben, sich mit dem Vorstoss zu beschäftigen und so den Begriff "Palast" gleich als Vorwand nehmen, um die Motion abzulehnen. Davon, dass der Regierungsrat parallel dazu seine eigenen Paläste ausbaut, wie den Ergänzungsbau des Regierungsgebäudes, spricht aber niemand. Dort werden 40 Millionen Franken investiert, damit die Verwaltung vernünftig arbeiten kann. Dass die Kantonsräte ebenfalls vernünftig und zeitgemäss arbeiten wollen, interessiert aber niemanden. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse können wir nicht einmal richtig aufstehen. Wir gehören schweizweit zu den am schlechtesten bezahlten Kantonsparlamentarierinnen und Kantonsparlamentariern, und für unseren Frondienst wird uns nicht einmal eine vernünftige Infrastruktur gewährt. Dabei wären Sitzungszimmer für die Fraktionen und Kommissionen eine sinnvolle Investition. Es gäbe in Weinfelden oder Frauenfeld mit Sicherheit bestehende Gebäude, die als Ratssaal umfunktioniert und auch für andere Anlässe gebraucht werden könnten. Man muss sicher nicht den vielzitierten Palast auf der grünen Wiese bauen. Weil es immer schon so war, müht man sich lieber in denkmalgeschützten Ratssälen damit ab, Kabel zu verlegen und Kameras zu installieren. Es ist mir klar, dass die aktuelle Zeit nicht unbedingt dafür geeignet ist, um in Volksabstimmungen Geld für kantonale Bauten zu erhalten. Der Zeitpunkt wird aber wohl immer der falsche sein. Das ist meines Erachtens aber kein Grund, im Jahr 1831 stehen zu bleiben und den Grossen Rat weiterhin in der digitalen Wüste tagen zu lassen. Die Ratsmitglieder sollten sich einen Ruck geben und der Motion zustimmen. Schliesslich will der Regierungsrat jetzt gerade rund 70 Millionen Franken aus dem Gewinn von 130 Millionen Franken in Museen oder gar Museumspaläste investieren. Die GLP-Fraktion unterstützt die Motion einstimmig. Ich bitte die Ratsmitglieder, der Motion zugunsten eines modernen Rates ebenfalls zuzustimmen.

Meier, SP: Im Gegensatz zu anderen Ratsmitgliedern ist es für mich heute eine Premiere, im Rathaus an einer Ratssitzung teilzunehmen. Das Rathaus in Weinfelden habe ich einmal als Gast mit einer Schulklasse besucht. Das ist aber ein paar Jahre her. Vielleicht schärft die Distanz etwas den Blick, denn die Beantwortung lässt mich doch etwas ratlos und vor allem zweifelnd zurück. Ich kann und will vielleicht nicht verstehen, dass der Regierungsrat doch relativ "nonchalant" und mit einer Diskussion, die vor 13 Jahren geführt wurde, somit generell rückwärtsgewandt argumentiert. Ich gehe davon aus, dass sich seither einiges getan hat, auch im Kanton Thurgau. Zu 3. Zusammenfassende Beurtei-

lung in der Beantwortung des Regierungsrates: Die Sache sei historisch gewachsen. Mit der Historie ist das so eine Sache. Man ist sich nie ganz sicher, ob es wirklich so war. Ich habe aber nichts gegen historische Betrachtungsweisen. Heisst das aber, dass das Wachstum jetzt eingestellt wird oder eingestellt werden muss? Wenn dem so ist, ab wann wird das Wachstum eingestellt? Oder könnte es allenfalls auch weitergehen? Das Alleinstellungsmerkmal wurde bereits erwähnt. Wenn ich die Wahl habe, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits erwähnten Stimmzählerinnen und Stimmzähler sowie die Kantonsrätinnen und Kantonsräte eine professionelle, zeitgemässe, effiziente und unterstützende Arbeitsumgebung zu schaffen, verzichte ich noch so gerne auf die schweizweite Ausnahme. Im Gegenteil, Alleinstellungsmerkmal zu sein, wäre ein Ansporn, etwas ganz Besonderes zu schaffen. Das wäre ein Schaufenster mit nationaler Ausstrahlung. Dafür braucht es aber keinen Palast. Dieser ist im Text der Motion auch gar nicht enthalten, nicht einmal subkutan. Chur wurde als Beispiel erwähnt. Es braucht Mut, Selbstbewusstsein und einen gewissen Stolz. Die Beantwortung hat sich mit keiner dieser Eigenschaften ausserordentlich bekleckert. Ich weiss, dass der Kanton über genügend fähige und kreative Architektinnen und Architekten sowie Künstler verfügt, die Entsprechendes beitragen könnten. In diesem Zusammenhang von Bescheidenheit zu sprechen, ist meines Erachtens eher der unbescheidene Versuch, sich vielleicht eine gewisse Geisteshaltung schönzureden, wobei ich sie nicht unbedingt als Geiz bezeichnen möchte. Wilhelm Busch sagte einst: "Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr." Tradition ist wichtig. Ich bin der Letzte, der das nicht bejahen würde. Tradition bedeutet aber nicht Stillstand. Berechtigte und notwendige Änderungen und Anpassungen müssen vorgenommen werden. Tradition heisst nicht, die Asche zu verwahren, sondern die Glut darunter am Leben zu erhalten oder sie gar wieder zu entfachen, und dies auch bei Leuten, die vielleicht etwas weiter weg sind. Es ist nichts in Stein gemeisselt, auch Verfassungen nicht. Sie sind zu respektieren, sie können aber geändert werden. Sie spiegeln die Zeit wider, sie sind und sie waren immer zu ihrer Zeit zu sehen, und sie werden es immer sein. Die Frage des Sitzungsortes liesse sich in Minne regeln. Falls sich Weinfelden und Frauenfeld nicht einigen können, biete ich Romanshorn als Standort an. Zumindest die Ratskolleginnen und Ratskollegen des Untersees könnten mit dem Schiff anreisen. Von Uttwil aus, könnte man sogar rudern. Dazu braucht es wie erwähnt Mut und Selbstvertrauen. Der Grosse Rat des Kantons Thurgau muss sich nicht selbst verzwerfen. Im wirklich schönen, interessanten, intelligenten, kreativen und weitblickenden Buch "Strategie Thurgau 2040", das vielleicht alle als Nachtlektüre neben dem Bett haben oder hatten, sind Begriffe wie "Potenzial", "Mut", "kantonales Bewusstsein" usw. zu lesen. Wo ist der Mut? Wo ist das kantonale Bewusstsein? Wo ist in einer solchen Beantwortung das Ausschöpfen von Potenzialen? Die Motionärin und die Motionäre schlagen Ideen vor, die es verdient haben und es wert sind, angeschaut und geprüft zu werden. Ulrich Zwingli hat 1529 einmal gesagt: "Tut um Gottes Willen etwas Tapferes." Das ist vielleicht auch Tradition, die immer noch stimmt. Namens

der Mehrheit der SP-Fraktion bitte ich die Ratsmitglieder, die Motion erheblich zu erklären.

Madörin, EDU: Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Motion. Wenn wir den Fokus nur auf den einen Tag, den Mittwoch, legen, der alle zwei Wochen als Ratstag auserkoren ist, ergibt ein eigener Ratssaal durchaus Sinn. Die Vorteile und die daraus resultierenden Annehmlichkeiten sind bestechend. Wir haben während den letzten zwei Jahren erlebt, wie angenehm es ist, etwas mehr Platz zu haben. Ich würde eine Begegnungszone, in der man nicht vom Geschehen im Ratssaal ausgeschlossen ist, sehr begrüssen. Da aber nicht jeder Tag ein Mittwoch ist und der Grosse Rat nicht jeden Tag tagt, ist es in der heutigen Zeit, in der man versucht, mit Finanzen und Ressourcen haushälterisch umzugehen, wohl vermessen, alleine für den Grossen Rat einen Saal zu bauen. Die EDU-Fraktion steht der Idee eines eigenen Ratssaals nicht nur negativ gegenüber. Die Idee könnte uns in Kombination mit einem angedachten Projekt wie der Eventhalle in Weinfelden durchaus gefallen. Die Tradition im Kanton Thurgau, die Sitzungen halbjährlich in zwei verschiedenen Städten auszutragen, gewichten wir sehr hoch. Wir erachten es als ideal, dass eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung steht, die gemietet werden kann. Da die Gründe, die dagegensprechen, unseres Erachtens überwiegen, spricht sich die EDU-Fraktion für Nichterheblicherklärung der Motion aus.

Strähl, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich für die Beantwortung der Motion, die die Vor- und Nachteile eines eigenen Ratssaals aufzeigt, ganz herzlich. Die FDP-Fraktion ist dafür bekannt, sich dafür einzusetzen, dass das Notwendige vom Wünschbaren getrennt wird. Zugegeben, es wäre natürlich toll, wenn wir uns jede zweite Woche in angenehmer Atmosphäre treffen könnten, ein Besprechungszimmer, vielleicht eine Cafeteria, vor allem genügend Platz am Pult, einen bequemen Stuhl, ein Mikrofon usw. hätten. Das ist für einen geordneten Betrieb aber zweifellos nicht notwendig. Die von der Motionärin und den Motionären geforderte Digitalisierung beziehungsweise das Abstimmungssystem ist das Einzige, was zwischenzeitlich nicht mehr nur wünschbar, sondern notwendig ist. Wir sind aber davon überzeugt, dass es in naher Zukunft Lösungen dafür geben wird, die in den bestehenden Sitzungssälen umgesetzt werden können. Diese sind bereits angedacht. Dafür brauchen wir aber keine neue Hülle in Form eines neuen Ratssaals. Unseres Erachtens fehlt es dem Vorstoss insgesamt an der notwendigen Sensibilität. Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen spüren nach wie vor eine grosse Belastung durch die Folgen der Pandemie. Wir alle werden für die getätigten Ausgaben und auch für diejenigen, die wir heute gesprochen haben, aufkommen müssen. Das aktuelle Weltgeschehen verspricht nichts Gutes. Es wird uns und unsere Wirtschaft sehr hart treffen. Dementsprechend hat unsere Fraktion kein Verständnis dafür, wenn in der jetzigen Zeit ein neuer, moderner Ratssaal für zig Millionen Franken gefor-

dert wird. Wir sind keine Fürsten oder Könige, sondern Vertreterinnen und Vertreter des Volkes. Genau so haben wir uns zu verhalten; vom Volk für das Volk. Von einem neuen Ratssaal hat das Volk aber herzlich wenig beziehungsweise rein gar nichts, ausser höhere Kosten und höhere Steuern. Ein neuer Ratssaal würde nicht nur immense Erstellungs- und Umnutzungskosten, sondern auch erhebliche laufende Ausgaben mit sich bringen. Er muss gereinigt, bewirtschaftet, beheizt und unterhalten werden, und dies für 20, in der Regel halbtägige Sitzungen pro Jahr. Das ist unseres Erachtens ein totaler Irrsinn. Wenn die Motionäre sich daran stören, dass erhebliche Gelder in Museen, nicht aber in einen neuen Ratssaal fliessen, muss ganz klar festgehalten werden, dass die neuen Museen für das Volk sind. Sämtliche Thurgauerinnen und Thurgauer wie auch alle weiteren Personen haben Zugang dazu. Ein neuer Ratssaal wäre für die 130 Volksvertreterinnen und -vertreter. Das kann man meines Erachtens nicht in ein Verhältnis stellen. Die FDP-Fraktion ist mit grösstmöglicher Mehrheit der Ansicht, dass wir gerade in der aktuellen Zeit das Notwendige vom Wünschbaren trennen müssen. Es darf nicht sein, dass wir das Volk mit eigenen Begehrlichkeiten noch mehr belasten. Wir sind deshalb gegen Erheblicherklärung der Motion und bitten die Ratsmitglieder, es uns gleichzutun.

Martin, SVP: Ich spreche für die SVP-Fraktion und bedanke mich beim Regierungsrat für die gute Beantwortung der Motion. Meine Vorrednerin hat bereits vieles erwähnt. Wir sind der Ansicht, dass wir aufgrund der dezentralen Struktur in unserem Kanton mit den zwei bestehenden Ratssälen in Weinfelden und Frauenfeld sehr gut bedient sind. Die Lösung ist schweizweit einmalig. Damit können wir unsere beiden Städte Weinfelden und Frauenfeld und das Gewerbe an beiden Orten berücksichtigen, was unseres Erachtens wichtig ist. Die Kosten für einen eigenen Ratssaal betragen gemäss Regierungsrat mehrere Millionen Franken. Zudem müsste die Kantonsverfassung geändert werden. Die möglichen Mieterträge aus Fremdnutzungen sind zu bescheiden und lassen sich wirtschaftlich und kaufmännisch nicht rechnen. Wir sind deshalb der Meinung, dass dies gerade in der momentanen Zeit zu erheblichen Diskussionen innerhalb unserer Bevölkerung führen würde. Nebenräume wie ein Backoffice für die Parlamentsdienste, ein Wickel- und Stillzimmer, sanitäre Anlagen, Zuschauerplätze sowie ein Foyer mit einer Cafeteria und sogar einer Wandelhalle wie im Bundeshaus sind sicherlich schön und gut. Unseres Erachtens ist gute Parlamentsarbeit aber nicht von einem eigenen Ratssaal abhängig. Aus diesen Gründen wird die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion die Motion nicht erheblich erklären.

Rüedi, FDP: Ich spreche für eine kleine Minderheit der FDP-Fraktion. Der Tenor der Beantwortung des Regierungsrates ist in etwa wie folgt: Es wäre "nice to have", einen eigenen Saal und damit eine deutlich bessere Infrastruktur für unsere Tätigkeit zu haben. Es würde aber nicht der bodenständigen Art der Thurgauerinnen und Thurgauer entspre-

chen, extra für diesen Zweck einen eigenen und insgesamt schlecht genutzten Palast mit hohen Kosten zu bauen. Eine entsprechend notwendige Volksabstimmung wäre zudem von vornherein "lost", wie unsere Jungen zu sagen pflegen. Wir müssen also in Alternativen denken. Diese sollten ressourcenschonend sein, was sich auch unsere Partei auf die Fahne geschrieben hat. Damit möchte ich mich bei der linken Ratshälfte anbieten, auf deren Zustimmung ich hoffe. Was ist ressourcenschonend? Ein Gebäude, das bereits steht und im Moment wahrscheinlich nicht voll ausgelastet ist, ist ressourcenschonend. Das Gebäude eignet sich ideal für den vorgesehenen Zweck, wurde es doch eigens als Sitz für einen Staat errichtet. Ich habe gerade versucht, den Spannungsbogen aufzubauen. Man kann sich fragen, welche Lösung ich parat habe. Ich denke an den Modelhof in Müllheim. Der Kanton könnte versuchen, ihn zu mieten oder zu kaufen. Sein Erbauer war ähnlich visionär unterwegs, wie die Motionäre. Er hat antizipiert, dass dem Kanton Thurgau ein solches Gebäude fehlen könnte. Ich räume freimütig ein, dass diese Lösung auch Nachteile hätte, die nicht "FDP-like" sind. Es bräuchte dafür zunächst eine kantonale Verfassungsänderung. Wenn unser Kanton dann nicht mehr Thurgau, sondern Avalon heissen soll, müsste sogar die Bundesverfassung geändert werden. Ich hoffe, dass mein heutiges Votum keine negativen Folgen für mich nach sich ziehen wird, dass ich weiterhin ungehindert in unser östliches Nachbarland einreisen darf und dass mein Votum nicht als staatsfeindlicher Akt aufgefasst wird. Es gibt durchaus Gründe, die Motion erheblich zu erklären.

Möckli, SVP: Ich mache der Motionärin und den Motionären einen Vorschlag: Sie sollten Mut zeigen und einen Ratssaal bauen. Der Grosse Rat könnte ihren Saal mieten. Wenn es ihm nicht mehr passt oder es zu teuer ist, könnte er irgendwo anders hingehen

Wiesli, SVP: Meines Erachtens ist es wieder an der Zeit, Sachpolitik zu machen und nicht auf solche Schlagworte zu achten. Eigentlich wollte ich nichts sagen. Doch das, was ich gehört habe, hat mich zu einem Votum bewogen. Ist sich der Grosse Rat nichts wert? Wir sind vom Volk gewählt, und wir sollten eigentlich in einem Saal tagen können, dessen Infrastruktur der heutigen Zeit entspricht. Das ist derzeit nicht der Fall. Wir sollten auch zukunftsgerichtet sein. Alle wollen ein schnelles Internet, ein Glasfasernetz und 15-Minuten-Zugverbindungen haben. Das ist alles recht und gut. Weshalb ist es aber ein Unding, dass der Grosse Rat einen zukunftsgerichteten Saal will, in dem er seine Arbeit auf eine heute übliche Art und Weise und nicht in Luxus abgleitend erledigen will? Was wäre, wenn die Argumentation des Regierungsrates stimmt und wir nur noch gemäss Tradition arbeiten würden? Meines Erachtens hätten wir damit die Steinzeit nie überwunden. Ich will damit nicht sagen, dass der Grosse Rat in der Steinzeit, aber im Mittelalter stehen geblieben ist. Er ist nicht mehr zeitgemäss. Ich habe den angesprochenen Saal in Chur besucht. Dort ist nichts von Luxus zu sehen. Bereits meine Vorredner haben erwähnt, dass wir ein bestehendes Gebäude umnutzen könnten. Wenn nicht jetzt,

wann dann? Da wir auch dank der Nationalbank 130 Millionen Franken Gewinn gemacht haben, dürfen wir davon etwas investieren, um zeitgemäss vorwärtszukommen. Wir können nicht darüber sprechen, wenn wir wieder Sparprogramme machen müssen. Ich bin sehr verwundert, dass ich in meiner Fraktion ein Exot bin und die meisten von Tradition "schwafeln", dies auch im Bereich der Kosten beziehungsweise dem, was wir für unsere Arbeit erhalten. Der Arbeiter ist bezüglich dessen, was er hier macht, seines Geldes wert. Es wäre wohl an der Zeit, sich wirklich Gedanken darüber zu machen, was wir hier tun und für wen wir es tun. Wenn wir es wirklich so empfinden, dass wir für den Thurgau arbeiten, dürfen wir eine Infrastruktur erwarten, die es zur heutigen Zeit braucht. Wir sollten über unseren Schatten springen, das alte Gezänk von Weinfelden und Frauenfeld überwinden und die Kantonsverfassung anpassen. Meines Erachtens würde es die meisten Leute bei einer Abstimmung überhaupt nicht interessieren, wo der Grosse Rat tagt, wenn sie nicht in Frauenfeld oder Weinfelden wohnen. Man sollte jetzt wirklich einen Schritt vorwärtsgehen können. Ich sage es noch einmal: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Regierungsrätin **Komposch**: Ich kann die masslose Enttäuschung der Motionäre und die mehrfach geäusserte Schelte an den Regierungsrat nur teilweise nachvollziehen. Meines Erachtens ist insbesondere der Vorwurf der Arbeitsverweigerung haltlos. Ich bitte die Motionäre diesbezüglich, ihren Antrag an den Regierungsrat zu lesen, der wie folgt lautet: "Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die notwendigen verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen schafft, damit für die Sitzungen des Grossen Rat ein eigener Ratssaal in Weinfelden oder Frauenfeld zur Verfügung steht." Man stelle sich vor, dass Regierungsrätin Carmen Haag dem Hochbauamt in dieser Phase den Auftrag erteilen würde, Recherchen, Abklärungen und Berechnungen anzustellen, was ein Ratssaal kosten würde, wo auch immer er dann gebaut werden würde, ob auf der grünen Wiese oder irgendwo in einem alten Gebäude, ohne einen Motionsauftrag erhalten zu haben. Ich bin sehr davon überzeugt, dass die Ratsmitglieder Sturm laufen und uns für ein solches Vorgehen massregeln würden. Der Regierungsrat hatte den Auftrag, die Motion zu beantworten. Das haben wir gemacht. Der Grosse Rat kann heute bestimmen, ob er die Motion erheblich erklären will oder nicht. Der Regierungsrat hat die Frist eingehalten. Das ist das Wesentliche. Es gab in den vergangenen zwei Jahren wirklich dringendere Probleme, als die Beantwortung vorzuziehen. Selbst dann, wenn der Regierungsrat Nichterheblicherklärung der Motion empfiehlt, haben die Ratsmitglieder hoffentlich gelesen, dass der Regierungsrat die Vorteile durchaus erkennt, die ein neuer Ratssaal mit sich bringen würde, insbesondere dann, wenn man in andere Kantone schaut und sieht, welche Infrastruktur deren Parlamenten zur Verfügung steht. Das streiten wir nicht ab. Ebenso hat der Regierungsrat in seiner Diskussion jedoch die Nachteile in die Waagschale geworfen. Bei der Gewichtung von pro und contra kommt er zum einen zur Erkenntnis, dass eine Verfassungsänderung notwendig wäre. Das ist machbar, dauert aber seine Zeit, und zwar nicht einfach zwei bis

drei Jahre. Zum anderen würde das Vorhaben an der Urne bei der Bevölkerung mit grösster Wahrscheinlichkeit auf eine breite Ablehnung stossen. Zusätzlich würde der Vorteil der regionalpolitischen Ausgewogenheit von zwei Sitzungsorten verloren gehen. Der finanzielle Aufwand eines Baus und Betriebs würde zudem nicht in einem vertretbaren Verhältnis zum gewonnenen Nutzen stehen. Hinzu kommt, dass wir in den nächsten Jahren wichtige grosse Bauvorhaben planen, wobei wir diese in der Beantwortung nicht aufgezählt haben. Es lohnt sich, wieder einmal einen Blick ins Hochbauprogramm zu werfen: Die Kantonsschule Frauenfeld, das Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg, das Historische Museum Saurer Werk II in Arbon, das historische Museum in Frauenfeld, der Umbau der Domäne Kalchrain, die Sanierung des Kunstmuseums, die Jagdschiessanlage, die Erweiterung des Kantonalgefängnisses und des Polizeikommandos, die Erweiterung des Ausbildungszentrums Galgenholz usw. Das sind wichtige Investitionen, die unserer Bevölkerung zugutekommen und für die Allgemeinheit sind. Ich erlaube mir eine persönliche Feststellung, die ich gemacht habe, als ich coronabedingt zu Hause bleiben musste und nicht an der Ratssitzung vom 16. März teilnehmen konnte. Es war mir sehr wichtig, das Prozedere der Wahl der ausserordentlichen Richterinnen mitzuverfolgen. Ich war ziemlich irritiert, und ich habe einen zweifelhaften Eindruck vom Ratsbetrieb erhalten. Nur schon der Namensaufruf machte einen wenig professionellen Eindruck, was aber nichts mit Kantonsrat Bruno Lüscher zu tun hat. Er musste einzelne Namen mehrfach aufrufen, und zwar bis zu drei Mal, bis irgendwann endlich die Antwort: "Ja, ich bin hier" erklingen ist. Das Verteilen und Einsammeln der Wahlzettel dauerte an und die Zeit der benötigten Auszählung wollte gefühlt nicht mehr enden. Derweil leerte sich der Ratssaal, wobei ein Plaudern hier und ein Plaudern dort stattfand. Der Gang zur Kaffeebar wurde rege genutzt. Ein wenig Znüni da, ein wenig Zvieri dort. Ich will damit sagen, dass der Grosse Rat Thurgau zumindest am 16. März für einen Aussenstehenden, der die Abläufe nicht kennt, alles andere als einen effizienten und professionellen Eindruck machte. Ich bitte die Ratsmitglieder, dies nicht als Kritik an ihnen selbst zu verstehen. Nein, der Eindruck, den ich erhalten habe, ist dem System, den Abläufen und auch der Rüegerholzhalle geschuldet. Ich war über diese Erkenntnis aber wirklich ziemlich konsterniert. Ich habe dies nicht mit dem Regierungsrat abgesprochen, ich bin aber der Meinung, dass beim Grossen Rat eine Professionalisierung notwendig ist. Ich spreche aber lediglich von einer Professionalisierung. Ein eigener Ratssaal wäre angesichts der Gesamtschau "nice to have". Er entbehrt zurzeit aber jeglicher Dringlichkeit. Ich bitte die Ratsmitglieder, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 85:34 Stimmen nicht erheblich erklärt.